



**„Wir haben buchstäblich niemanden als uns selber.“ (Theodor W. Adorno an Max Horkheimer, 1967)**

**Dr. Barbara Fritz, Stuttgart**

Das *Institut für Sozialforschung* wurde 1923 an der Universität in Frankfurt am Main gegründet. Im Mittelpunkt der dialektischen Kritischen Theorie, die die *Frankfurter Schule* unter Leitung von Max Horkheimer ab 1931 entwickelte, steht die ideologiekritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und historischen Bedingungen der Theoriebildung. Mit der Kritik gesellschaftlicher Zusammenhänge verbindet sie zugleich den Anspruch, die Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse und die Notwendigkeit ihrer Veränderung begrifflich zu durchdringen.

Von den Nationalsozialisten wurde das *Institut für Sozialforschung* 1933 geschlossen, seine Mitglieder – wie Theodor Adorno und Horkheimer, der das Institut ab 1931 leitete - in die Emigration getrieben. Die Stationen des Exils führten über Genf und Paris bis nach New York. Nicht alle Mitglieder überlebten; manche, wie etwa Walter Benjamin, wurden vom Terror auf der Flucht eingeholt.

Nach Kriegsende gab es vorsichtige Kontakte zwischen Horkheimer und der Universität. Schließlich kehrten Friedrich Pollock, Horkheimer und Adorno, nach Deutschland zurück - mit dem Gedanken der Erinnerung und dem politische Entschluss, den demokratischen Wiederaufbau aktiv mitzugestalten. Andere - wie Herbert Marcuse – blieben in den USA. Die Zeitgeschichte in ihren nationalen und internationalen Aspekten wurde deutlich. Nach Debatten über eine Rückkehr wurde das *Institut für Sozialforschung* zu einem weitverzweigten Kommunikationsnetzwerk. Es kam zum Aufstieg der Vertreter der Kritischen Theorie zu einflussreichen Akteuren. Horkheimer wurde 1951 Universitätsrektor. Die Anerkennung im Nachkriegsdeutschland schien ein Sieg über den Ungeist des Nationalsozialismus zu sein. Sicher hatte sie aber auch eine Entlastungsfunktion für die deutsche Gesellschaft. So zog Adorno 1967 gegenüber Horkheimer seine bittere Bilanz: „Wir haben buchstäblich niemanden als uns selber.“<sup>1</sup> Von der Radikalisierung der Studentenbewegung distanzierte er sich.

**Theodor-W.-Adorno-Preis der Stadt Frankfurt am Main an Judith Butler**

Am 11. September 2012 wird der Theodor-W.-Adorno-Preis der Stadt Frankfurt am Main der amerikanischen Philosophin und Literaturwissenschaftlerin Judith Butler, Professorin an der Universität California, Berkley, verliehen. Im Kuratorium der Preisvergabe vertreten sind, neben dem Vorsitzenden des Kulturausschuss und dem Kulturdezernenten der Stadt Frankfurt am Main, Prof. Dr. Axel Honneth, Direktor des Instituts für Sozialforschung und Prof. Dr. Marianne

<sup>1</sup> Brief Adorno an Horkheimer, Frankfurt am Main, 12.7.1967, in: Theodor W. Adorno Max Horkheimer Briefwechsel 1927-1969, Band IV: 1950-1969. Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz, Frankfurt am Main, 2006, S. 814 .

Leuzinger-Bohleber, Direktorin des Sigmund Freud Instituts. Honneth lehrt seit Herbst 2011 an der Columbia University, New York. Der Termin der Preisverleihung ist denkwürdig: ist 9/11 doch nicht nur der Geburtstag Adornos sondern auch Gedenktag an den brutalsten islamistischen Terroranschlag der jüngsten Geschichte. Butler ist nicht nur Philosophin und Literaturwissenschaftlerin. Sie gehört – als Alibi- und Vorzeigejüdin – zu den prominenten Unterstützern der BDS-Kampagne (*Campaign of Boycotts, Divestment and Sanctions against Israel*). Israel ist der einzige demokratische Staat im Nahen Osten. Die Anhänger der BDS-Kampagne dagegen sehen in Israel einen Apartheidsstaat. Deshalb fordern sie Boykott und Sanktionen gegenüber Israel. Israel gehört international zu den führenden Staaten in Gebieten wie Wissenschaft, Technologie und Forschung. Zahlreiche Nobelpreisträger kommen aus Israel. Butler tritt im Zusammenhang mit der BDS-Kampagne für einen Boykott israelischer Universitäten und Kultureinrichtungen ein.<sup>2</sup> So fordert sie im Zusammenhang mit der Bewahrung des Nachlass von Franz Kafka einen Boykott der israelischen Nationalbibliothek in Jerusalem.<sup>3</sup> 2002 bestand sie darauf, auf der Liste von *Campus-Watch*, initiiert von Daniel Pipes, aufgeführt zu werden, „als eine amerikanische Akademikerin und Gegnerin der israelischen Besetzung und ihrer Brutalität, die aktiv die Rechte und die Selbstbestimmung der Palästinenser unterstützt und eine aufgeklärte Sichtweise des Islam propagiert. Die Campus-Watch-Site beschuldigt amerikanische Nahost-Forscher grundsätzlich anti-amerikanisch und Befürworter gefährlicher arabischer Regierungen zu sein.“<sup>4</sup>

„Dass ein Teil meiner Familie im Holocaust umkam, wurde für mich zum Impuls, Gerechtigkeit anzustreben“, so die Alibi- und Vorzeigejüdin der BDS-Kampagne Butler und bezogen auf Israel: „Wir dürfen keinen Staat dulden, in dem Nichtjuden nur eingeschränkt Staatsbürger sind“<sup>5</sup>. Tatsächlich aber besitzen Palästinenser in Israel, im Gegensatz zu den arabischen Ländern, gleiche Bürgerrechte wie Israelis. „Die Frage lautet“, so Butler, „welche Staatsform eine gemischte Bevölkerung ermöglichen, diskriminierende Hürden für eine Staatsbürgerschaft beseitigen, die Mauer niederreißen, die Aushungerungstaktik in Gaza einstellen könnte. Das wären konkrete Schritte zum Frieden“, sagt Butler. Tatsächlich jedoch ist Israel gefährdet durch seine arabischen Nachbarn und nicht zuletzt durch das iranische Regime. Israelis leben in ständiger Angst vor einem bevorstehenden Atomschlag. Anschläge terroristischer Gruppen wie Hamas und Hisbollah, in unmittelbarer Nachbarschaft Israels, unterstützt durch das iranische Regime, stellen eine ständige Gefahr dar. Butler dagegen fragt: „Sind Sie sicher, dass Israel keinen Krieg will? Ich glaube, das ist in Deutschland schwer zu akzeptieren, weil die Idealisierung Israels wahrscheinlich die Entlastung von historischer Schuld erlaubt. Gerechterweise müssten Sie zugeben, dass die Palästinenser mehr Menschenleben verloren haben als die Israelis.“ Die Alibi- und Vorzeigejüdin Butler relativiert damit nicht nur die Shoah. Nein, sie macht damit Opfer zu Tätern. Butler, die in der BDS-Kampagne Boykott, Sanktionen und Deinvestitionen gegenüber Israel, welches sie als Apartheidsstaat begreift, fordert, die unbedingt auf der schwarzen Liste von *Campus-Watch* genannt werden will, wurde für den Adorno-Preis von der Stadt Frankfurt am Main nominiert. Dieses widerspricht nicht nur immens der Philosophie und Biographie Adornos. Es spiegelt – neben GraSS-Gedicht und Beschneidungs-Debatte – auf groteske Weise auch den momentanen Zeitgeist der deutschen Gesellschaft.

## **Antizionismus in den arabischen Ländern und den Vereinten Nationen**

Am 5. Juni 1967, dem Tag des Ausbruchs des Sechs-Tage-Krieges, schrieb Adorno an seine Wiener Freundin Lotte Tobisch: "Wir machen uns schreckliche Sorgen wegen Israel. (...) In einem Eck meines Bewußtseins habe ich mir immer vorgestellt, daß das auf die Dauer nicht gut gehen wird,

2 <http://www.bdsmovement.net/2010/us-campaign-for-academic-boycott-gaining-strength-622#.T80fMVIWJRW>.

3 Judith Butler: Who owns Kafka, in: <http://www.lrb.co.uk/v33/n05/judith-butler/who-owns-kafka>

4 Julia Niemann: Website kontrolliert israel-kritische Uni-Professoren, <http://www.campus-watch.org/article/id/225>, s. auch: Judith Butler: Der Antisemitismus-Vorwurf. Juden, Israel und die Risiken öffentlicher Kritik, in: Judith Butler: Gefährdetes Leben. Politische Essays, Frankfurt am Main, 2005, S. 142-143.

5 60 Jahre Israel "Radikale Demokratie ist die einzige Politik". Die »Herald Tribune« veröffentlichte einen Aufruf prominenter Intellektueller, die Israels 60. Geburtstag nicht feiern wollen. Warum haben sie unterschrieben? Ein Gespräch mit Judith Butler. Alle weiteren Zitate von Butler in diesem Artikel. [http://www.zeit.de/2008/21/J\\_Butler](http://www.zeit.de/2008/21/J_Butler)

aber daß sich das so rasch aktualisiert, hat mich doch völlig überrascht. Man kann nur hoffen, daß die Israelis einstweilen immer noch militärisch den Arabern soweit überlegen sind, daß sie die Situation halten können."<sup>6</sup>

Antizionismus<sup>7</sup> lehnt den Zionismus und den Staat Israel ab, der 1948 offiziell, von den *Vereinten Nationen* anerkannt, gegründet wurde. Unmittelbar nach der Staatsgründung eröffneten sechs arabische Staaten den Krieg gegen Israel, um den jüdischen Staat zu vernichten.

Nach dem Sechstagekrieg 1967 wurden von der UNO einige antiisraelische Resolutionen verabschiedet. Von der *Arabischen Liga* angestoßen, wurden diese von einer Staatenmehrheit befürwortet. Zu diesen Resolutionen gehört die 1975 verabschiedete UN-Resolution 3379<sup>8</sup>, die Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilt und alle Staaten aufruft, ihn zu bekämpfen. Alle Ostblockstaaten, alle islamischen Staaten und die meisten blockfreien Staaten stimmten für diese Resolution, nur 25 Staaten dagegen. Der spätere UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete dies 1998 als „Tiefpunkt“<sup>9</sup> in der Geschichte der *Vereinten Nationen*. 1991 nahm die UN-Vollversammlung die Resolution zurück. Butler dagegen: „Israel hat sich über UN-Resolutionen jeder Art hinweggesetzt. Ich könnte mehr als hundert nennen, die etwa israelische Militäroperationen verurteilten oder die illegale Aneignung von Boden kritisierten. Sie wurden mit dem Argument ignoriert, die Vereinten Nationen seien antiisraelisch, wenn nicht sogar antisemitisch.“<sup>10</sup> Auch hier verteidigt sie die arabischen Länder.

Die 1988 gegründete Hamas, der Islamistische Dschihad und die libanesische Hisbollah streben die Zerstörung Israels offen an. Unterstützt werden die islamistischen Gruppen vor allem von den Regimen in Syrien und im Iran. Terroranschläge gegen Israel begründen sie mit Israels Besetzung von Teilgebieten Palästinas, seiner dortigen Siedlungspolitik, nicht geahndeten Übergriffen radikaler Siedlergruppen, einem fehlenden Rückkehrrecht für Flüchtlinge, der Annexion Ostjerusalems (Jerusalemgesetz), den israelischen Sperranlagen und der Seeblockade des Gaza-Streifens. Die Gründe entsprechen denen der BDS-Kampagne.

Auf der dritten Weltrassismuskonferenz der UNO in Durban, Südafrika, vom 31. August bis 8. September 2001<sup>11</sup> beabsichtigten die arabischen und islamistischen Staaten erneut, Zionismus als Rassismus anzuprangern, was aber durch den vorübergehenden Auszug der Vertreter Israels und der USA bei der gemeinsamen Abschlusserklärung vermieden wurde. In der Abschlusserklärung befindet sich im Kapitel Rassismus ein eigener Abschnitt zum Nahostkonflikt. In diesem wird daran

6 T.W. Adorno/ Lotte von Tobisch: Der private Briefwechsel, Graz, 2003, S. 197.

7 Der Begriff Zionismus wurde um 1890 von Nathan Birnbaum geprägt. Er entstand unter dem Eindruck des zunehmenden Antisemitismus gegenüber der jüdischen Diaspora. Insbesondere Ausschreitungen und antisemitische Schriften und Verschwörungstheorien in Russland waren ausschlaggebend. Durch Theodor Herzl wurde der politische Zionismus begründet und die verschiedenen Richtungen im Kongress-Zionismus auf Basis des so genannten Basler Programms zusammengeführt. Erhebliche Teile der zionistischen Bewegung vertraten das Konzept eines binationalen Staates mit gleichen Rechten für in Palästina lebenden Araber und Juden. Erst nachdem alle arabischen Staaten den UN-Teilungsplan für Palästina 1947 ablehnten, setzte sich in der Zionistischen Weltorganisation das Konzept eines mehrheitlich jüdischen Staates, durch, der nach seiner Gründung einen Interessenausgleich mit den Palästinensern und Arabern anstreben sollte. Unterschiedliche Richtungen des Zionismus prägen bis heute die wesentlichen politischen Parteien und Koalitionen Israels. -

Arabischen Antizionismus gab es bereits im Panarabismus vor und während des Ersten Weltkrieges gegen die osmanische Herrschaft, danach als Reaktion auf die durch Großbritannien erlaubte Besiedlung Palästinas, gegen jüdische Siedler. Dies führte in den 30er Jahren zum jahrelangen Arabischen Aufstand und Pogromen an jüdischen Einwanderern.

8 General Assembly Resolution 46/86, Revocation of Resolution 3379, 16 December 1991, <http://www.mfa.gov.il/MFA/Foreign%20Relations/Israels%20Foreign%20Relations%20since%201947/1988-1992/260%20General%20Assembly%20Resolution%2046-86-%20Revocation> .

9 Kofi Annan: Pressemitteilung SG/SM/6504, 25. März 1998 .

10 60 Jahre Israel "Radikale Demokratie ist die einzige Politik" Die »Herald Tribune« veröffentlichte einen Aufruf prominenter Intellektueller, die Israels 60. Geburtstag nicht feiern wollen. Warum haben sie unterschrieben? Ein Gespräch mit Judith Butler. [http://www.zeit.de/2008/21/J\\_Butler](http://www.zeit.de/2008/21/J_Butler) .

11 The World Conference against racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance, <http://www.un.org/WCAR/index.html> .

erinnert, dass der Holocaust nie vergessen werden dürfe (Punkt 51). Das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung „ohne fremde Besatzung“ (63) und „Rückkehr in ihre Heimat“ (65) sowie das Recht aller Staaten der Region „einschließlich Israels“ auf „Sicherheit“ (63) werden darin aber ebenso festgehalten: „63. Wir sind besorgt über die Not des unter ausländischer Besatzung stehenden palästinensischen Volkes. Wir anerkennen das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und die Gründung eines unabhängigen Staates und wir anerkennen das Recht auf Sicherheit für alle Staaten der Region, einschließlich Israels, und fordern alle Staaten auf, den Friedensprozess zu unterstützen und zu einem raschen Abschluss zu bringen“.<sup>12</sup> In einer Resolution von 3.000 parallel tagenden Nichtregierungsorganisationen vom 3. September 2001 wird Israel als Apartheidsstaat verurteilt: „Recognizing further that the Palestinian people are one such people currently enduring a colonialist, discriminatory military occupation that violates their fundamental human right of self-determination including the illegal transfer of Israeli citizens into the occupied territories and establishment of a permanent illegal Israeli infrastructure; and other racist methods amounting to Israel’s brand of apartheid and other racist crimes against humanity. Recognizing therefore that the Palestinian people have the clear right under international law to resist such occupation by any means provided under international law until they achieve their fundamental human right to self-determination and end the Israeli racist system including its own brand of apartheid.“<sup>13</sup>

Vom 20. bis 24. April 2009 fand in Genf die *Durban Review Conference* - Durban Nachfolgekonzferenz - der UN statt, die die Umsetzung der 2001 in Durban verabschiedeten Abschlussklärung und des damit verbundenen Aktionsprogramms einschätzen sollte. Am 19. April 2009 sagten – nach erheblichen Protesten und Aufrufen zum Boykott der Konferenz aus der westlichen Welt - die Länder Australien, Deutschland, Israel, Italien, Kanada, Niederlande, Neuseeland, Polen, Schweden, Tschechien und die Vereinigten Staaten ihre Teilnahme ab. Auf der Konferenz warf der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad in einer Rede zu Beginn der Konferenz Israel vor, das „grausamste und rassistischste Regime“ zu sein. Zionismus sei der „personifizierte Rassismus“. Auch hätten „Zionisten und ihre Verbündete“ den Irak-Krieg geplant. Delegierte der europäischen Staaten verließen daraufhin aus Protest den Saal. Norwegens Vertreter widersprach dem iranischen Präsidenten im Plenum. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon kritisierte die Rede Ahmadinedschads als „das Gegenteil dessen, was diese Konferenz erreichen will“. Ein so „zerstörerisches Vorgehen eines UN-Mitglieds“ habe er „noch nie erlebt“. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sprach von einer „Hassrede“, auf die die Europäische Union mit „äußerster Entschlossenheit“ reagieren müsse.<sup>14</sup> Im Genfer Abschlussdokument ist dann keine Verurteilung Israels enthalten. Eine Mahnung gegen den Holocaust wurde aufgenommen: „66. Recalls that the Holocaust must never be forgotten“<sup>15</sup>.

## Linker Antizionismus

Vor allem seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 solidarisieren sich viele linksgerichtete Gruppen mit den Palästinensern gegen Israel. Sie sehen in Israel den Statthalter und Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten. Damit ordnen sie den Nahostkonflikt in ihr antagonistisches Weltbild des überlegenen, von den USA geführten Kapitalismus auf der einen, der unterlegenen um Befreiung kämpfenden Völker der Dritten Welt auf der anderen Seite ein. Viele antiimperialistischen Gruppen lehnen den Staat Israel als solchen ab und solidarisieren sich mit den Palästinensern. 1969 schrieb Jean Améry in „Der ehrbare Antisemitismus“: „Das klassische Phänomen des Antisemitismus nimmt aktuelle Gestalt an. Der alte besteht weiter, das nenn ich mir Koexistenz. Was war, das blieb und wird bleiben: der krummnasige, krummbeinige Jude, der vor irgendwas -

12 Weltkonferenz gegen Rassismus 2001, Durban (Südafrika), Erklärung und Aktionsprogramm [http://www.humanrights.ch/upload/pdf/030221\\_edi\\_durban.pdf](http://www.humanrights.ch/upload/pdf/030221_edi_durban.pdf).

13 World Conference against Racism NGO FORUM DECLARATION: <http://i-p-o.org/racism-ngo-decl.htm>.

14 Durban II Conference: Ahmadinejad Anti-Israel Tirade Spurs Western Walk-Out (VIDEO)(UPDATED): [http://www.huffingtonpost.com/2009/04/20/durban-ii-conference-ahma\\_n\\_188918.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/04/20/durban-ii-conference-ahma_n_188918.html).

15 [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/PDF-Dateien/UN-Dokumente/Durban\\_Review/durban\\_draft\\_outcome\\_document\\_rev2.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/UN-Dokumente/Durban_Review/durban_draft_outcome_document_rev2.pdf).



was sag ich? - der vor allem davonläuft. [...] Die neuen Vorstellungen aber traten auf die Szene gleich nach dem Sechs-Tage-Krieg und setzen langsamerhand sich durch: der israelische Unterdrücker, die mit dem ehernen Tritt römischer Legionen friedliches palästinensisches Land zerstampft. Anti-Israelismus, Anti-Zionismus in reinstem Vernehen mit dem Antisemitismus von dazumal.<sup>16</sup>

In der Plattform des Palästina-Komitees Stuttgart, das 1982 „aus Anlass des israelischen Einmarsches in den Libanon gegründet wurde“<sup>17</sup>, heißt es heute noch: „Grundlage der Arbeit des Palästina-Komitees Stuttgart ist die Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes für seine Befreiung aus der Unterdrückung durch Imperialismus, Zionismus und Rassismus.“ Das Palästina-Komitee versteht seine „Arbeit in erster Linie als Aufklärungsarbeit über die Ziele und die aggressiven Taten der Zionisten gegenüber dem palästinensischen Volk, sowie über die Kämpfe des palästinensischen Volkes für ein unabhängiges demokratisches Palästina.“ Das Palästina-Komitee will „versuchen, alle demokratischen Menschen für [...] Forderungen zu gewinnen“ wie: „für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, für ein freies, demokratisches Palästina, in dem es keine religiöse, kulturelle und nationale Unterdrückung gibt!, Solidarität mit dem Volksaufstand (Intifada) des palästinensischen Volkes für seine gerechten Ziele!, Aufgabe aller israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, Freilassung der palästinensischen Gefangenen! Behandlung entsprechend den internationalen Schutzbestimmungen und der Genfer Konvention für Kriegsgefangene!, Recht auf Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge, Stopp der täglichen terroristischen Übergriffe der israelischen Armee auf die Zivilbevölkerung.“<sup>18</sup> Im Herbst 2010 fand in Stuttgart eine Palästina-Solidaritätskonferenz statt, zu der das Palästina-Komitee unterstützt von der Linkspartei einlud. Schirmherrin dieser Konferenz war Felicia Langer. Die Konferenz bildete den Ausgangspunkt der *Stuttgarter Erklärung*<sup>19</sup>, zu deren Erstunterzeichnern Ilan Pappé und Evelyn Hecht-Galinsky gehören.

Bereits 1969 schrieb Jean Améry über linken Antizionismus: „Neu ist in der Tat die Ansiedlung des als Anti-Israelismus sich gerierenden Antisemitismus auf der Linken. Einst war das der Sozialismus der dummen Kerle. Heute steht er im Begriff, ein integrierender Bestandteil des Sozialismus schlechthin zu werden [...]. Es genügt [...], gewisse Wegmarken zu erkennen, beispielsweise eine in der Zeitschrift "konkret" erschienene Reportage zu lesen: "Die dritte Front". "Ist Israel ein Polizeistaat?" heißt da ein Zwischentitel. Die Frage ist nur rhetorisch. Natürlich ist Israel das. Und Napalm und gesprengte Häuser friedlicher arabischer Bauern und Araber-Pogrome in den Straßen von Jerusalem. [...] Der krummbeinige Davonläufer nimmt sich ganz natürlich aus als Schrecken verbreitender Goliath.“<sup>20</sup> 1972 lobte die *Rote Armee Fraktion* die Geiselnahme von neun israelischen Sportlern bei den Olympischen Spielen in München durch die Gruppe „Schwarzer September“ als wegweisenden Antifaschismus. In ihrer Erklärung dazu sprach sie von „Israels Nazi-Faschismus“ und vom „Ausrottungskrieg“ Israels gegen die Palästinenser unter dem „Himmler Israels“ (Mosche Dayan).<sup>21</sup> In ihrem Bekennerschreiben 1978/79 sprachen die *Revolutionären Zellen* vom „faschistischen Genozid am palästinensischen Volk“ und vom „Holocaust an den Palästinensern“. Als künftige Anschlagziele in Deutschland nannten sie „zionistische Zentralen etwa wie die Jewish Agency, die von hier aus die israelische Siedlungspolitik strategisch plant und vorbereitet oder der jüdische Nationalfond, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, über ein engmaschiges Netz von Spenden und Stiftungen, in das sämtliche Juden integriert sind, jedes Jahr Millionenbeträge nach Israel zu transferieren, um damit die Errichtung von zionistischen Wehrdörfern und -siedlungen zu finanzieren.“<sup>22</sup> Hier liegen auch die Anfänge der

16 Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus, <http://www.zeit.de/1969/30/der-ehrbare-antisemitismus> .

17 <http://senderfreiespalastina.de/komitee.htm> .

18 <http://senderfreiespalastina.de/komitee.htm> .

19 <http://senderfreiespalastina.de/sign.htm> .

20 Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus, <http://www.zeit.de/1969/30/der-ehrbare-antisemitismus> .

21 RAF (Zeitung): Die Aktion des Schwarzen September - zur Strategie..., 1972, <http://www.labourhistory.net/raf/browse-1.php?cp=6#> .

22 Revolutionäre Zellen: Aktion gegen die Israelische Import-Gesellschaft Agrexco, Frankfurt (Juni 78): <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/id-verlag/BuchTexte/Zorn/Zorn12.html> .

BDS-Kampagne. Adorno wandte sich von solchen Forderungen grauend ab, schwer enttäuscht von der Radikalisierung der Bewegung, die einmal in der Studentenbewegung begonnen hatte.

Jean Améry schrieb 1969 über linken Antizionismus: „Fest steht: Der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt das "Verbrecherstaat Israel". Er kann es auf manierliche Art machen und vom "Brückenkopf des Imperialismus" sprechen, dabei so nebstbei allenfalls in bedauerndem Tonfall hinweisen auf die mißverständene Solidarität, die so ziemlich alle Juden, von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen, an den Zwergstaat bindet.“ Der Staat Israel sei „heute so wenig ein Bollwerk des Kapitalismus, wie er es war, als die ersten Pioniere dort den Boden umgruben, so wenig wie die arabischen Staaten vernünftigerweise als progressiv angesehen werden können.[...] Wenn aus dem geschichtlichen Verhängnis der Juden- beziehungsweise Antisemitenfrage, zu dem durchaus auch die Stiftung des nun einmal bestehenden Staates Israel gehören mag, wiederum die Idee einer jüdischen Schuld konstruiert wird, dann trägt hierfür die Verantwortung eine Linke, die sich selber vergißt.“ Die Linke müsse „redlicher“ sein. Es gebe keinen „ehrbaren Antisemitismus.“<sup>23</sup> Im Zusammenhang der Reaktionen auf den ersten Libanonkrieg Israels schrieb der französische Philosoph Alain Finkielkraut 1982: „Der doktrinaire Antisemitismus hätte kaum fortbestehen können, ohne sich einen neuen Namen zu geben, aber das eben hat er getan.“<sup>24</sup> Der neue Antisemitismus ist der Antizionismus, der sich gegen den Staat Israel wendet, diesen – wie in der BDS-Kampagne – zum „Apartheidsstaat“ erklärt und zu seinem Boykott aufruft.

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 4. November 2008 aus Anlass des 70. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ eine Erklärung, in der es heißt: „Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher. Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson. Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik.“<sup>25</sup> Unverständlich ist in diesem Zusammenhang, warum die Resolution zur Gaza-Flotille im Mai 2010<sup>26</sup> einstimmig im Bundestag verabschiedet wurde. Auch in jüngster Zeit ist die Debatte um die „Solidarität mit Israel“ als „ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson“ neu entbrannt, nicht zuletzt durch das anti-israelische GraSS-Gedicht und auf der Israelreise des Relativierers des Nationalsozialismus, Bundespräsident Joachim GAUck. Die Adorno-Preisvergabe der Stadt Frankfurt am Main an die Antisemitin Butler ist so nur die Fortsetzung dieser unsäglichen neu entflammten Anti-Israel-Haltung in Deutschland – nicht nur innerhalb der Linken. Solche Entwicklungen sind abzulehnen. Deutschland hat sich eindeutig an die Seite des Staates Israel und gegen Antizionismus und Antisemitismus zu stellen. Eine Preisverleihung an Judith Butler ist skandalös und – auch im Sinne Adornos – abzulehnen.

---

23 Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus, <http://www.zeit.de/1969/30/der-ehrbare-antisemitismus> .

24 Alain Finkielkraut: Avenir d'une négation: réflexion sur la question du génocide (1982), englisch: The Future Of A Negation: Reflexion On The Genocide Issue.

25 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/107/1610775.pdf> .

26 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/023/1702328.pdf> .